

Nach dem Sturz der Regierung Juschtschenko steckt die Ukraine in ihrer tiefsten politischen Krise und droht zu einem neuen europäischen Krisenherd zu werden

Falsche westliche Rücksichtnahmen auf Moskau

Von HANS-JOACHIM NIESSEN

GASTKOMMENTAR

Zehn Jahre nach Wiedererlangung der Unabhängigkeit steckt die Ukraine in ihrer vielleicht tiefsten politischen Krise: der Ministerpräsident vom Parlament zum Rücktritt gezwungen, der Präsident trotz diverser „Bauernopfer“ politisch schwer angeschlagen, die Opposition weiterhin zerstritten. Der wirtschaftliche Erfolg der jüngsten Vergangenheit, der eindeutig der marktwirtschaftlich orientierten Regierung Juschtschenko zuzuschreiben ist, aber auch der Reformkurs insgesamt droht wie ein Kartenhaus in sich zusammenzufallen. Selbst Präsident Leonid Kutschma wehrt sich nicht ernsthaft gegen die Behauptung, der Ende Mai neu gewählte Nachfolger Juschtschenkos, Anatoli Kinach, sei lediglich eine Übergangslösung vor den Parlamentswahlen im Frühjahr 2002. Kinach sitzt seit

Jahren mit den allmächtigen Wirtschaftsbossen der Ukraine in einem Boot. Von demokratischen Verhältnissen kann man zudem angesichts der allgegenwärtigen Verletzung von Bürgerrechten und Pressefreiheit ohnehin kaum noch sprechen.

Mit der Führungslosigkeit scheint die Rechnung einiger politischer Akteure aufzugehen, die aus der Staatskrise Kapital schlagen wollen. Da wären zunächst die ukrainischen Oligarchen zu nennen, die sich mittels Insider-Privatisierung hemmungslos der staatlichen Ressourcen bedienen; als parlamentarische Arme sind die Parteien dieser Finanz-Industrie-Gruppen maßgeblich verantwortlich für den Sturz Juschtschenkos, der diesen Mächtschaften einen Riegel vorschieben wollte. Die Kommunisten hingegen werfen Juschtschenko vor, er habe die Ukraine in eine übermäßige Abhängigkeit vom Westen getrieben. Als lachender Dritter bleibt der russische Präsident Putin, der den ohnehin starken wirtschaftlichen Einfluss Russlands auf die Ukraine ausbauen möchte.

Die wirtschaftliche Misere treibt die Ukraine förmlich in die Arme des mächtigen Nachbarstaates. Zwar stellen nicht nur westliche Experten, sondern auch die Bevölkerung der Regierung Juschtschenko ein deutlich besseres Wirtschaftszeugnis aus als im Vorjahr. Doch die dramatisch gestiegene Arbeitslosigkeit und der sinkende Lebensstandard der Bevölkerung – bei gleichzeitig steigendem Reichtum einer kleinen Elite – führen dazu, dass neun von zehn Ukrainern mit dem Reformprozess unzufrieden sind. Bislang beteiligt sich nur eine Minderheit an offenen Protesten. Doch die Ergebnisse zeigen, dass über neunzig Prozent der Bevölkerung die Korruption, die in Amtsstuben wie auch in höchsten politischen Ämtern herrscht, scharf verurteilen und glauben, dass sich die Reichen ihre eigenen Gesetze machen.

Die Verschlechterung der Lebensverhältnisse und die erhoffte, aber ausgebliebene Unterstützung aus dem Westen hat den Glauben der Bevölkerung an eine nationale Unabhängigkeit ausgehöhlt. Viele setzen nun ihre letzte Hoffnung auf Russland, vor allem im russisch geprägten Osten. Doch dieser Schritt käme einer innenpolitischen

Zerreißprobe gleich: vor allem die traditionell europäisch ausgerichteten Westukrainer wehren sich gegen eine Union. Bereits im letzten Jahr sprachen sich deutliche Mehrheiten im Westen und in der Landesmitte für eine autonome Ukraine aus, während der Osten und Süden einen Verbund mit Moskau und Belarus favorisierte.

Seither hat der Interessenkonflikt an Zündstoff gewonnen: Nationalistische Kräfte im Westen verzeichnen einen Zulauf, Kommunisten und die russische Minderheit unterstützen die hegemonialen Ansprüche Moskaus. Zusätzliche Nationalitätenprobleme in Transkarpatien und in der Nordbukowina könnten bei einer Verschärfung

Wenn Europa nicht aufpasst, könnte sehr schnell die Unabhängigkeit der Ukraine auf dem Spiel stehen.

der Krise, jugoslawische Verhältnisse heraufbeschwören.

In der Vergangenheit konzentrierte sich die spärliche Aufmerksamkeit des Westens vorwiegend auf die ehemals sowjetischen Atomwaffen oder die geostrategischen Optionen neuer Ölpipelines. Eine weitere Vernachlässigung – auch auf Grund falscher Rücksichtnahmen auf Russland – könnte jedoch den Verlust einer autonomen Ukraine für Europa oder, schlimmer noch, die Entstehung eines neuen Krisenherds begünstigen.

Will man aus Fehlern lernen, so muss man schnellstens eine Strategie für die Ukraine entwickeln. Diese muss die Verbindungen des Landes zu Russland berücksichtigen, darf aber nicht europäische und ukrainische Interessen denen Moskaus unterordnen. Europa muss die marktwirtschaftlichen, demokratischen und föderativen Kräfte stärken. Finanzielle Hilfen müssen gezielt in infrastrukturstärkende Projekte geleitet werden. Gleichzeitig muss Unterstützung beim Kampf gegen Korruption und Kriminalität gewährt werden. Die bisher verfolgte Vogel-Strauß-Taktik nützt weder der Ukraine noch Europa.



Demonstranten mit einem Plakat von Premierminister Juschtschenko machten ihrer Empörung über den Sturz des populären Politikers im April Luft.

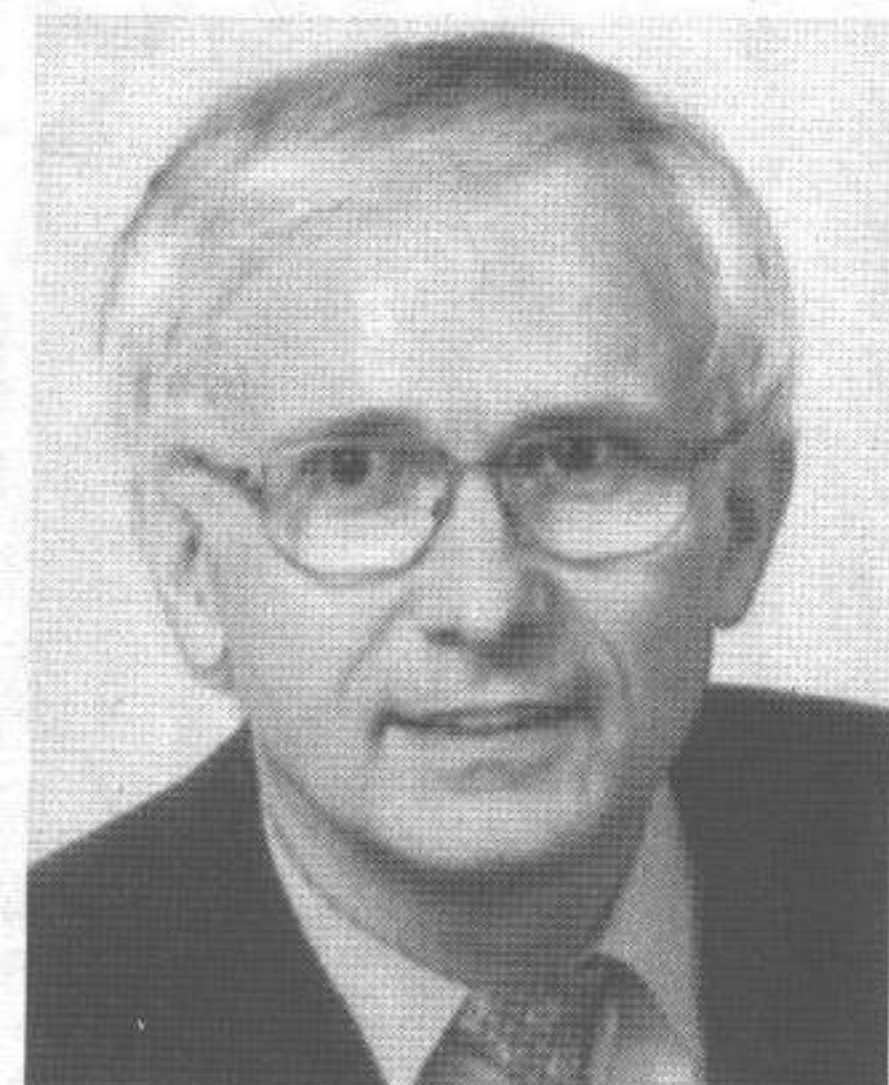


Foto: Handelsblatt

Hans-Joachim Niessen

lehrt Volkswirtschaft an der Universität Wuppertal. Der Text beruht auf dem „Transformationsbarometer Osteuropa“, einer Analyse, die von der Otto-Wolff-Stiftung erstellt wird.